

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand vom 31. Januar 2015

Ort: Gewerkschaftshaus Dresden

Anwesende Mitglieder:

siehe Anwesenheitsliste

Entschuldigte Mitglieder:

siehe Anwesenheitsliste

Gäste:

siehe Anwesenheitsliste

Erstellung der Niederschrift:

Suzanne Arnold, Robert Wünsche

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

- Vorschlag für die Tagesordnung und den Zeitplan
- DS 4-242-1 Finanzplanung 2015
- DS 4-242-1.2 gemeinsamen Aufgaben, die aus den Mitteln des Landesvorstandes finanziert werden
- DS 4-242-2 Finanzplanung 2015
- DS 4-242-3 Finanzplanung Landesweite Zusammenschlüsse
- DS 4-242-5 Stellenplan des Landesvorstandes
- DS 4-248 Bildung einer Arbeitsgruppe „Wahlverfahren“
- DS 4-249 ÄÄ zur Bildung einer Arbeitsgruppe „Wahlverfahren“
- DS 4-250 Konkrete Maßnahmen zur Einhaltung des Finanzplanes 2015
- DS 4-251 Gemeinsame Entscheidungen über die Zuführungen in den Wahlkampffond
- DS 4-252 ÄÄ zur Bildung einer Arbeitsgruppe „Wahlverfahren“, betrifft: DS 4 - 248 und DS 4 - 249
- DS 4-253 Maßnahmen zur Haushaltsdurchführung 2015
- DS 4-254 Handlungsempfehlung – Finanzplan 2015
- Dr. Volker Külow u.a. - PEGIDA und die Aufgaben der LINKEN
- Stellungnahme des Landesrates zum Landesvorstandes bzgl. PEGIDA
- B 4-236 Konferenz zur Vorbereitung der Zukunftswoche am 21.03.2015
- B 4-244 Erklärung des Landesvorstandes zu Pegida in Dresden
- Beschluss 2015/16 des PV zu Pegida

Tagesordnung:

- TOP 1 – Eröffnung der Beratung durch den Landesvorsitzenden Rico Gebhardt
- TOP 2 – Finanzplanung der LINKEN Sachsen 2015 – Diskussion und Beschlussfassung
- TOP 3 – „Das muss drin sein“ - die Kampagne und die Planungen für Sachsen
- TOP 4 – Strategiekonferenz im Landesverband Sachsen – Termine und Möglichkeiten der Mitwirkung
- TOP 5 – Rede des Vorsitzenden der LINKE, Bernd Rixinger
- TOP 6 – Neu: Diskussion zu Pegida und seinen Ablegern, Informationen zu derzeitigen Beschlusslagen und Initiativen sowie Diskussion
- TOP 7 – Strategiedebatte im Landesverband Sachsen – Problemaufriss, Mitwirkungsmöglichkeiten, Debatte
- TOP 8 – Sonstiges

TOP 1 – Eröffnung der Beratung durch den Landesvorsitzenden Rico Gebhardt

- Gratulation an die Sprecher/innen des Landesrates für ihre Wahl
- Aufgabe des sogenannten ‚Kleinen Parteitages‘ ist u.a. die Behandlung des Finanzplans

TOP 2 – Finanzplanung der LINKEN Sachsen 2015 – Diskussion und Beschlussfassung (DS 4-242-..., DS 4-253, DS 4-254)

- Bemerkung zu den Kreisverbänden: Summe aller Pläne der einzelnen eingereichten Pläne der Kreisschatzmeister
- Mehrheit der Kreisverbände erwarten Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben
- Lastschriftinzüge im LV haben zugenommen → Verringerung der Bareinnahmen in den Kreisen
- Bareinnahmen ca. 10% niedriger als im Plan 2014
- Gesamteinnahmen im LV liegen um ca. 96 T€ höher als im Plan (vor allem durch Erhöhung der Lastschriftinzüge)
- in der Vergangenheit lagen die tatsächlichen Zahlen immer höher als der Plan
- Teuerste Ausgaben in den Veranstaltungen ist das Pfingstcamp (aber gleichzeitig Erhöhung der Einnahmen aus Veranstaltung)
- Personalkosten sind gesunken
- Mitgliederstärkste LV aber am wenigsten Personal im Vergleich zu den anderen LV's
- Ausgaben aus Geschäftsbetrieb (unplanbar sind Kosten für Rechtsstreitigkeiten und Ausgaben für Reparaturen z.B. für Angriffe auf dem Jugendbus sind unplanbar) bzw. könne man Plangröße einbeziehen
- Genaue Kostenkalkulation für Parteitage durch Antje und Jule (Änderung zur ursprünglich verschickten Planung)
- Zukunftskonferenz ist ebenfalls mit berücksichtigt
→ Mehrausgaben um 30.000 € zur ursprünglichen Planung
- im Gegenzug ist es aber nicht möglich Einnahmen zu erfinden
- 2 Möglichkeiten:
 1. 30 T€ Verwendung aus den Rücklagen
 2. 30 T€ müssten an anderen Stellen eingespart werden z.B. Verringerung Ausgaben bei den Werbemitteln
- Tendenz zur Verwendung der Rücklagen
- Vermögensveränderungen in den Kreisen können momentan nicht realistisch benannt werden (da noch nicht alles fertig gebucht ist)
- Zunahme Einnahmen aus Vermögen durch vermehrte Geldanlagen
- Erläuterung der Vermögensbestände durch Heinz
- Folie Guthaben der KV's beim LV
- ist bei der Entscheidung über den Finanzplan zu beachten
- Stellenplan ist zu beschließen
- soll ursprüngliche Version des Finanzplanes beschlossen werden oder neuere Version inkl. Verwendung von Rücklagen?
- im Sommer muss ein Beschluss über die zukünftige Planung getroffen werden

Fragen & Debatte:

- 500.000 € Anlagevermögen des Landesvorstandes? ja
- Geldanlage 300.000 € zusätzlich? → weil Kreise mehr eingenommen haben als ausgegeben und haben das angelegt
- Personalstellen wieso noch nicht abschließend geklärt? Heinz erklärt Historie
- kann diesem Plan nicht zustimmen, empfiehlt das der Versammlung auch; kann Zahlen nicht nachvollziehen
- konnte sich nicht ordentlich darauf vorbereiten, weil die Unterlagen nicht rechtzeitig vorlagen
- Erfordert Erklärung woher das Defizit in 2014 gekommen ist, was hat Landesvorstand unternommen, dass das Defizit nicht so hoch ausfällt?
- DS 4-251: schlägt Arbeitsgruppe vor zur Verwendung des Finanzfonds
- versteht nicht warum der Hilferuf von der Geschäftsführerin kommt und nicht vom Schatzmeister
- DS 4-253: Säumige Zahler müssen verstärkt gemahnt werden

- aus Sicht Kreisvorsitzender: ist im Kreis in die Offensive gegangen um Defizit zu vermindern und findet es nicht in Ordnung das seine Sparmaßnahmen jetzt durch den LV wieder „zu Nichte“ gemacht werden
- wünscht sich von Heinz, dass er sich in so einen Prozess aktiv einbringt und Vorschläge unterbreitet
- wird dem Plan nicht zustimmen, bietet Hilfe an sich mit einzubringen
- nicht sinnvoll, Defizit aus den Rücklagen auszugleichen
- z.B. Materialbestand kann genutzt werden
- ist verwundert, mehr als vorher
- kritisiert ebenfalls, dass sich niemand vorbereiten konnte da keine Unterlagen vorlagen, jetzt auf einmal kommt neue Version zur Präsentation (das ist inakzeptabel)
- versteht Entnahme aus laufenden Mitteln, Rücklagen bzw. dem Fond nicht
- es ist immer wieder gewarnt worden, Warnung wurde nicht ernst genommen
- sieht es nicht ein, dass gesparte Geld auf Kreisebene an den Landesvorstand zu überweisen (zumindest nicht wenn, vorher nicht alles probiert wurde)
- es muss geschaut werden, wo Einsparpotenziale liegen
- es soll sichergestellt werden, dass laufender Geschäftsbetrieb weiter geht
- im Landesverband muss konkret diskutiert werden wo Einsparungen vorgenommen werden können bzw. genaue Aussagen über die Ausgaben getroffen werden (was wurde wofür verwendet/ausgegeben)
- was liegt tatsächlich noch im WK-Fond? Theoretisch müsste ja noch mehr drin liegen als geplant, weil weniger entnommen wurde
- was passiert wenn Plan nicht zugestimmt wird?
- Zentralisierung von Mitteln z.B. Flyer einheitlich drucken → Sparpotenzial
- es ist nicht akzeptabel das zum nächsten WK 150.000 € weniger zur Verfügung stehen
- kritisiert auch das vorgestellter Plan vorher niemanden zugänglich war
- findet gut das Antje und Heinz konkrete Vorschläge machen
- hält nichts von zusätzlichen AG's, es sollten vorhandene Strukturen genutzt werden (werden bisher nicht effektiv genutzt)
- Personalkosten der Stadtverbände sollen komplett übernommen werden (findet das nicht solidarisch, dass es bisher nicht so ist, sondern auf Kosten des Landesverbandes gearbeitet wird)
- rät ab, den Finanzplan abzulehnen, da keine Arbeitsfähigkeit besteht (es sollten alle zusammen arbeiten)
- kurze Einarbeitungszeit, da Unterlagen viel zu spät vorlagen
- DS 250 Pkt. 5 → nicht i.O.; ist nicht kompatibel mit den Ansichten der Partei, politische Aktivitäten können darunter leiden, da dadurch Veranstaltungen u.U. nicht stattfinden können (Spontanität geht verloren)
- durch fehlende Kommentierung und Vorarbeitszeit ist Haushalt nicht beschlussfähig
- Problem ist ein gemeinsames Problem der gesamten Partei
- 5 Tage vorher die Unterlagen für den Hausplan zu verschicken geht nicht -> viel zu kurz
- grundsätzliche Strukturfragen müssen geklärt werden; wenn es in den Kreisen keine Zeitungen mehr gibt geht die Partei nicht unter; viel zu viel Material
- gesamte Partei sollte dazu beraten nicht nur Landesvorstand, damit nicht jedes Jahr über den Haushalt in dieser Form debattiert werden muss
- man sollte sich nicht nur über Verminderung der Ausgaben Gedanken machen, sondern über die Steigerung der Einnahmen
- schlägt vor den Haushalt heute nicht zu beschließen, sondern extra Beratung durchführen
- Gefühl zu wenig Geld für den letzten Wahlkampf ausgegeben zu haben, schlägt vor Summe für den Wahlkampf für 2019 zu erhöhen
- Vorschlag Konsolidierung der Finanzen in den Kreisen, um handlungsfähig zu sein
- Auftritte der Partei müssen wieder öffentlicher werden
- fordert in Jahren ohne Wahlkämpfe Rücklagen anzusparen
- ist bereit als Kreis seinen Anteil zu leisten
- Personal Stadtverbände: findet es nicht richtig nur einen Stadtverbände zu kritisieren
- > ist eine gemeinschaftliche Aufgabe Verantwortung kann nicht nur auf die Stadtverbände abgewälzt werden; Stadtverbände haben sich die bestehende Personalstruktur nicht selbst gewählt, sondern kommt durch Übernahmen nach der Wende zustande; ist eher Zufall, dass jetzt noch in den Städten so viel Personal ist – z.B. hatten wir auch bis Kurzem eine Regionalmitarbeiterin in der Lausitz
- > es gibt aber jetzt Ansatzpunkte, um über das Thema Personalkosten in den Stadtverbänden zu reden (Altersteilzeitverträge, Umfinanzierung von Personalkosten)

- ist froh das Debatte jetzt wieder entfacht ist (bis jetzt war es noch nicht ernst genug, deswegen wurde das alles vernachlässigt)
- es ist nicht sinnvoll, einzelne Positionen nach oben oder unten zu korrigieren – Flickschusterei; es sollten umfassende Diskussionen geführt werden
- an Veranstaltungen kann nicht gespart werden, wenn wir Beschlüsse und Standards halten wollen, die wir uns auferlegt haben
- plädiert dafür, dass realistische Finanzplanung betrieben wird
- MitarbeiterInnen sollten mehr bei der Planung einbezogen werden, da diese genaue Aussagen und Einsparungsvorschläge einbringen können – diese können auch langfristig mit Kreisvorsitzenden, KreisgeschäftsführerInnen und Kreisschatzmeistern rückgekoppelt werden – nutzen bislang nicht unsere Möglichkeiten; ist nicht nachvollziehbar
- jetzt zeigt sich, dass in den letzten Jahren zu wenig über die Finanzen diskutiert wurde
- 1. Möglichkeit: Plan wird heute nicht beschlossen (aber laufender Geschäftsbetrieb sollte am Laufen gehalten werden; dazu wären Beschlüsse nötig; Nachtragshaushalt im Juni)
- 2. Möglichkeit: Plan wird angenommen aber dann besteht wieder die Möglichkeit, dass nichts passiert
- wenn Plan nicht beschlossen wird ist das ein Verstoß gegen die Satzung
- Diskussion über Aufteilung der Anteile der Beiträge zwischen Landesvorstand und Kreisverbände
- bisher war Beratungsangebot für KreisschatzmeisterInnen da, aber wurde nicht angenommen
- Kritik, dass Unterlagen erst zu spät gekommen sind, verständlich
- Nachfrage zu Wahlkampfkosten in den Kreisen
- wenn Planung nicht angenommen wird, sind auch Kreise betroffen und können kein Geld ausgeben
- sieht es nicht so, dass man gegen Satzung verstößt wenn die Planung heute nicht beschlossen wird
- Vorschlag vorläufiger Haushalt mit konkreten Forderungen
- schlägt vor Planung mit konkreten Forderungen anzunehmen und im Juni erfolgt dann Auswertung

- Summe der Kreisverbände ist nicht anzweifelbar
- Mandatsträgerbeiträge: drei LT-Abgeordnete haben Zahlungen nach LVV eingestellt (sind nicht mehr im LT vertreten)
- Geschäftsordnungsantrag: Auszeit für 10 Minuten, dass sich Kreisvorsitzende beraten können, ebenfalls Verständigung des Landesrates
- Gegenrede Geschäftsordnungsantrag: hat offene Fragen:
 1. was passiert, wenn Planung nicht beschlossen wird?
 2. es ist unklar, was eigentlich Abstimmungsgrundlage ist

Abstimmung Auszeit:

- 2 dagegen
- 1 Enthaltung
- mehrheitlich dafür

Landesrat:

- tendenziell soll Finanzplan nicht zu gestimmt werden
- ist der Auffassung, dass Druck hilfreich ist um den Haushalt wieder auszugleichen

Kreisvorsitzende:

- es sind Ergänzungen nötig, wenn Plan angenommen werden soll:
 1. Finanzplan soll vorläufig beschlossen werden
 - die KV's können nur dann zustimmen
 2. bis Juni 2015 soll Nachtragshaushalt von LV vorgelegt werden
 3. Arbeitsgruppe Struktur- und Finanzdebatte unter Einbeziehung der Wahlkampffinzen
- es soll je ein Vertreter aus den Kreisverbänden, der Landesschatzmeister, die Landesgeschäftsführerin und 1 VertreterIn vom Finanzbeirat einbezogen werden

- DSW 250: Pkt. 2 Änderung Stadtverbände sollen für 2016 100% der Personalkosten übernehmen – von Antragstellerin übernommen
- Pkt. 5 soll gestrichen werden – von Antragstellerin übernommen
- 251 und 253 sollen zurückgezogen werden, da es keine Diskussionsmöglichkeit hier vor Ort gibt
- erster Beratungstermin der Arbeitsgruppe soll Ende Februar 2015 sein

- Zeitschiene soll konkretisiert werden, neuer Vorschlag Haushaltsplan bis zum 31.3. und Beschluss im Juni → das ist schwierig und nicht realistisch, wenn eine Arbeitsgruppe eine Debatte führen soll und viele Nacharbeiten nötig sind
- Vorschlag: Plan soll 1 Monat vor Beschlussfassung vorliegen, so dass er diskutiert werden kann

Abstimmung DS 254:

- DS 254 kein abstimmungsfähiger Antrag
- Tagungsleitung erläutert, dass im Sinne der EinreicherInnen, die nicht anwesend sind, durchaus abstimmbar – die Intension und die Zielrichtung des Antrages ist klar

Abstimmung:

- dafür: 20
- dagegen: 27
- Enthaltung: keine
- Antrag abgelehnt

- 242.1 , 242.5. Heinz rät nochmals Antrag zu beschließen
- Alternativ-Antrag politische Arbeit wird um 30.000 € erhöht und aus Rücklagen entnommen

Geschäftsordnungsantrag:

- es geht nicht, dass 2 verschiedene Finanzpläne vorliegen; zumal einer nur mündlich vorgetragen wurde
- Geschäftsordnungsantrag: begrenzte Debatte 15 Minuten
- mehrheitlich beschlossen

- ausgeglichener Haushalt soll angenommen werden und vorläufig bis Juni gelten
- 242/1 soll angenommen werden, aber ausdrücklich vorläufig und Nachtragshaushalt im Juni, damit Arbeitsfähigkeit gewährleistet ist
- kein Defizit beschließen und keine Verwendung der Rücklagen
- Aufstockung der Ausgaben auf 265.000 politische Arbeit mit Maßgabe keine Verwendungen aus Rücklagen
- Einsparungen sollen bei sonstigen Betriebsausgaben gefunden werden, Überlegung von Mehreinnahmen und schlussendlich ein ausgeglichener Haushalt
- Heinz soll negative Planung zurückziehen → zieht Vorschlag negativer Haushalt zurück
- LV hat Dringlichkeit verstanden hier nachzuarbeiten
- Verhandlungsgrundlage 242-1 und 242-5
- Finanzplan mit Auflagen: vorläufige Finanzplanung, LV wird bis Juni 2015 Nachtragshaushalt vorlegen, Strukturdebatte über Wahlkampfausgaben
- Vorschlag der Kreisvorsitzenden wurde gefolgt, vorläufiger Finanzplan wird beschlossen
- KV's sollen sehr schnell 1 Vertreter in der LGSt benennen

DS 4-251

- Antje zieht Drucksache zurück, wollte aber über Dringlichkeit aufmerksam machen

DS 4-253

- Heinz zieht zurück

DS 4-242-1, DS 4-242-1.2, DS 4-242-2, DS 4-242-5

ergänzende Beschlusspunkte:

1. Die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden beschließt den Plan 2015 für den Landesverband Sachsen ausdrücklich als vorläufig.
2. In der nächsten gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden am 20. Juni 2015 ist ein ausgeglichener Nachtragshaushalt, der nachvollziehbar ist, vorzulegen. Dieser Entwurf soll mindestens vier Wochen vorher verschickt werden, so dass er diskutiert werden kann.
3. Es wird zur Führung einer Struktur- und Finanzdebatte unter Einbeziehung der Finanzierung zukünftiger Wahlkämpfe eine Arbeitsgruppe gebildet, die aus einer/m VertreterIn pro Kreisverband, dem

Landesschatzmeister, der Landesgeschäftsführerin sowie einem Mitglied aus dem Finanzbeirat besteht.

→ mehrheitlich / 3 / 6 beschlossen

DS 4-250:

- Vorschlag der KV's, dass ab 2016 100 % der Personalkosten der SV übernommen werden nach Übernahme der Änderungsvorschläge:

→ mehrheitlich / 1 / 1 beschlossen

DS 4-254:

→ 20 / 27 / 0 nicht beschlossen

TOP 3 – „Das muss drin sein“ - die Kampagne und die Planungen für Sachen

- TOP entfällt zugunsten zusammengefasster Diskussion (siehe unten)

TOP 4 – Strategiekonferenz im Landesverband Sachsen – Termine und Möglichkeiten der Mitwirkung

- TOP entfällt zugunsten zusammengefasster Diskussion (siehe unten)

TOP 8 – Sonstiges

DS 4 - 248

- Bildung AG Wahlverfahren

Abstimmung für Auszeit Beratung des LaRa

→ mehrheitlich dagegen -> abgelehnt

- Einbringung Änderungsantrag Tilman Loos

- Einbringung Änderungsantrag Ralf Becker

- dagegen eine AG einzuberufen, wenn doch dann Abstimmung hier auf dem kl. PT

- festlegen wann Ergebnisse ausgewertet werden

- Problem mit Antrag 243

- tatsächliche Frage ist, ob so eine AG gewollt ist oder nicht

- für die Einführung dieser AG; keine quotierte Besetzung

- Pkt. 3 des Ursprungsantrages soll ergänzt werden (LaVo informiert Mitgliedschaft, insbes. weibliche; beim nächsten sogenannten ‚Kleinen Parteitag‘ Nachwahl von Mitgliedern)

- es soll abgestimmt werden, ob es solch eine AG gibt

- es ist dringend notwendig solch eine AG zu gründen

- heute 4 Pkte beschließen

1. es sollte eine AG einberufen werden

2. Zusammensetzung sollte quotiert werden

3. Beauftragung des LV Ag mit 6 Menschen einzuberufen

4. Ergebnis sollte dem kl. PT zum Beschluss vorgelegt werden

Abstimmung DS 4-248, Punkt 1:

→ mehrheitlich beschlossen

Abstimmung DS 4-248, zu Änderung der Zusammensetzung der AG (Antrag Antje Feiks):

→ Landesgeschäftsführung, statt ‚Antje Feiks‘

Abstimmung DS 4-248, Zusammensetzung der AG:

a) namentlich

b) LaVo (max 8) + angefragte Expert/innen, bei Einhaltung der Frauenquote

c) Enthaltung

→ 9 / 12 / viele, Variante b beschlossen

Abstimmung DS 4-248, DS 4-249, DS 4-252, Zusammensetzung der AG:

a) eben abgestimmte Variante (LaVo (max 8) + angefragte Expert/innen, bei Einhaltung der Frauenquote)

b) DS 4-249, Punkt 2 (Tilman-Loos-Antrag)

c) DS 4-252, Punkt 2 (Ralf Becker-Antrag)

d) Enthaltung

→ 25 / 3 / 6 / einige, Variante a beschlossen

Abstimmung DS 4-252, Punkt 3, Zusammensetzung der AG:

→ 7 / mehrheitlich / wenige, abgelehnt

Abstimmung DS 4-248, Punkt 3, Hinzuziehung weiterer Menschen:

→ 15 / 6 / viele, beschlossen

Abstimmung Hinzuziehung weiterer Menschen:

a) eben abgestimmte Variante

b) DS 4-249, Punkt 3 (Tilman Loos) / DS 4-252, Punkt 6 (Ralf Becker); „LaVo informiert Mitgliedschaft, insbes. weibliche; beim nächsten sogenannten ‚Kleinen Parteitag‘ Nachwahl von Mitgliedern“

c) Enthaltung

→ 3 / mehrheitlich / wenige, beschlossen

Hinweis:

- G7-Gipfel in Dresden: Hier sollten wir einen linken Empfang vorbereiten. (*Hinweis der Landesgeschäftsstelle: Es findet nicht der G7 Gipfel in Dresden statt, sondern das Treffen der Finanzminister der G7*)

- 1. Juni „Marsch des Lebens“ in Annaberg Buchholz von Abtreibungsgegner/innen

TOP 5 – Rede des Vorsitzenden der LINKE, Bernd Riexinger

- Gratulation zum Wahlsieg von Syriza; dies bedeutet Abwahl von Merkels Spar-Politik
- Kurswechsel in Griechenland schockt die europäische Elite – zu Recht
- Die Regierungen in Europa sind es nicht mehr gewöhnt, dass eine Regierung ihre Wahlversprechen einhält.
- Berichterstattung über Griechenland-Sparprogramm stellt nicht die sozialen Verwüstungen dar
- in einem europäischen Kernland leiden Menschen Hunger; Eltern geben ihre Kinder in SOS-Kinderdörfer
- selbst von Mindestlohn in Griechenland kann man nicht leben; krebserkrankte Menschen haben demonstriert, da sie keine Medikamente mehr bekommen
- Beamte werden wieder eingestellt, um die notwendige Verwaltung wieder arbeiten zu lassen
- Entwicklungen in Griechenland haben auch Auswirkungen auf den Rest Europas; Polarisierung muss nicht automatisch links enden, sondern kann auch rechts enden
- in der Geschichte noch nie gelungen, durch Kürzungspolitik Wachstum zu generieren
- Syriza Koalitionspartner ‚Unabhängigen Griechen‘ umstritten; besser wäre die absolute Mehrheit für Syriza gewesen
- Ziel für uns: ‚Austeritätspolitik beenden‘, Solidaritätserklärungen, Städtepartnerschaften
- bei Pegida sollten wir konsequent sein; PV-Beschluss: ‚nicht mit Pegida reden‘
- die Methoden zwischen rechts und links sind grund unterschiedlich:
 - von links: soziale Missstände sind Ursache der Verhältnisse
 - von rechts: soziale Missstände sind Ursache von verschiedenen aufgezeigten Sündenböcken (wahlweise Flüchtlinge, Ausländer/innen, Muslime/Muslima, ...)
- als LINKE sollten wir kein Sprachrohr für rassistische Vorurteile sein
- Mitläufer/innen von Pegida sollten sich klar sein, wem sie hinterherlaufen
- DIE LINKE sollte hier klare Kante zeigen
- 15-20 % der Menschen in D. haben autoritäre und/oder fremdenfeindliche Haltung
- Folge von 20 Jahren Neoliberalismus
- eine Rechte wird meistens dort stark, wo eine Linke schwächelt

- linke Politik immer auf sozialen Kern zurückführen
 - ‚Demokratie-Frage‘ stärker besetzen
 - linke Begeisterung muss nach außen getragen werden
 - viele unsere Themen zerreden wir sehr kleinkariert
 - Ziel für die Wahlen in 2015: ‚DIE LINKE im Westen ist wieder da.‘ - Chancen dafür stehen gut.
 - prekäre Arbeitsverhältnisse in Deutschland sind nicht mehr konjunkturbedingt; Verhältnisse verfestigen sich
 - Folgen von prekären Arbeitsverhältnissen sind politische, soziale und kulturelle Ausgrenzung; sowie politische Ohnmacht

 - Ziele der Kampagne:
 - prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gesellschaftsfähig machen
 - Forderungen mehrheitsfähig machen
 - Partei kampagnenfähiger machen

 - Forderungen der Kampagne:
 1. Befristungen und Leiharbeit stoppen
 2. Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV
 3. Arbeit umverteilen, statt Dauerstress
 4. Wohnen und Energieversorgung bezahlbar (Fokus: vor Weihnachten 2015)
 5. mehr Personal in Pflege, Erziehung, Gesundheit (Fokus: 2016)
 6. <dezentrale Forderung vor Ort>

 - Kampagne soll am 1. Mai 2015 starten und über mehrere Jahre gehen
 - Aktionswoche vom 8. bis 14. Juni 2015
 - Aktionen durchführen, Fotos an Bundes- und Landesgeschäftsstelle schicken

 - 23.-26.04.2015 Zukunftskongress in Berlin Beginn einer inhaltlichen Debatte für die wesentlichen Fragen dieser Partei für die nächsten Jahre
- TOP 6 – Diskussion zu Pegida und seinen Ablegern, Informationen zu derzeitigen Beschlusslagen und Initiativen sowie Diskussion**
- TOP entfällt zugunsten zusammengefasster Diskussion (siehe unten)

TOP 7 – Strategiedebatte im Landesverband Sachsen – Problemaufriss, Mitwirkungsmöglichkeiten, Debatte

- TOP entfällt zugunsten zusammengefasster Diskussion (siehe unten)

Diskussion alle restlichen TOPs

Zukunftskongress:

- dem Aufruf des Parteivorstandes zum Zukunftskongress sollten wir folgen
- am 07.03.2015 findet Kampagnen-Workshop statt
- 21.03.2015 Veranstaltung in Sachsen dazu
 - mit verschiedenen Unterthemen
 - Um die Zusendung von Debattenbeiträgen oder Input-Wünschen wird geben. (an Landesgeschäftsstelle schicken)
- am 09.05.2015 Veranstaltung zur Strategieentwicklung im Landesverband Sachsen
- bei den LINKEN ist das bundespolitische Profil stärker relevant als bei anderen Parteien; deswegen sollte sich Sachsen auch stark einbringen

Kampagne ‚Das muss drin sein.‘

- Unser eigener Stellenplan hat 2 halbe Stellen. Wir fordern, dass unsere Mitarbeiter/innen Geld für durch ihre Arbeit entstehenden Kosten zurücküberweisen. Ist das nicht Prekarisierung?
 - halbe Stelle heißt nicht Prekariat; Claudia Jobst hat parallel studiert

- Wir fordern behindertengerechte Zugänge in öffentlichen Gebäuden, was unsere Geschäftsstellen häufig nicht erfüllen.
- Fazit: ein Fokus sollte darauf liegen ‚Anspruch vs. Wirklichkeit unserer Forderungen‘
- ‚Mitte-Unten-Bündnis sollte formiert werden‘ (wurde von Horst Kahrs wieder widerrufen)
- Thema Prekarisierung sollte mit dem Thema ‚kalte Progression‘ verbunden werden
- Aufrufe zur Kampagne sind zu abstrakt; Forderungen sollten konkreter werden
- das ‚Soziale‘ ist das Markenthema der LINKE; Mindestlohn muss auch umgesetzt werden
- der Kampf um die Menschenwürde sollte Thema sein
- LV Sachsen unterstützt die Kampagne mit voller Kraft

Pegida:

- 250.000 Kommentare in den sozialen Medien; mit rassistischen, homophoben und ausländerfeindlichen Parolen
- Unzufriedenheit der Mitläufer/innen berechtigt; Rassismus ist jedoch keine Alternative
 - für diese klare Kante sollte man stehen, auch wenn vereinzelt Aussagen kommen, man solle sich auf rassistische Ressentiments eingehen
- Demokratie-Problem in Sachsen; Abmoderierung von Problemen durch die CDU in den letzten 25 Jahren muss thematisiert werden
- Dank an Bernd Riexinger für seine Teilnahme an der Debatte
- in Dresden findet Repolitisierung statt
- Kritik durch und an Pegida gehen quer durch die Mitgliedschaft, Wähler/innenschaft, durch Familien, Unternehmen, Verwaltung, Kirchen, Vereine, etc.
- Ost-West-Geschichte spielt eine Rolle, da sie teilweise nicht aufgearbeitet wurde
- ebenso CDU-Linie ‚Sachsen-Nationalstolz‘
- OB-Wahlkampf in Dresden verschärft die inhaltliche Auseinandersetzung
- Ziel sollte es nicht sein, Pegida-Mitläufer/innen in die Hände der AfD zu treiben; Ansprache der Mitläufer/innen darf nicht beendet werden
- Für viele Themen haben wir Positionen (Russland-Politik, NATO-Austritt, GEZ-Gebühren)
- LEGIDA wurde in Leipzig gestern eingeschränkt; es ist also möglich, diese rechte Bewegung zu stoppen
- der SPIEGEL titelt mit ‚Geisterfahrer‘ gegen Alexis Tsipras; linke Medienkritik darf nicht aufhören; natürlich nicht der Begrifflichkeit der ‚Lügenpresse‘
 - gutes Beispiel ist die einseitige Berichterstattung zur Ukraine
- Wenn die Rechte stärker wird, ist das ein Zeichen dafür, dass die Linken hier stärker in den Vordergrund treten sollten.
- Pegida ist eine soziale Bewegung, die DIE LINKE aber nicht unterstützt
- Zitat von Katja Kipping von vor 7 Jahren zum Nützlichkeitsrassismus
- im Papier von Volker KÜlow und anderen ist vieles bedenklich
 - die Politik des LVs sei trägt Mitschuld an Entwicklung von Pegida
 - in puncto Rassismus sollten wir unsere Position nicht aufweichen, auch wenn sich der Zeitgeist irgendwann mal dreht
 - wer von ‚Lügenpresse‘ spricht, propagiert gegen Medienpluralismus; Pluralismus ist aber ein wichtiger Aspekt
- in der aktuellen Entwicklung ist es wichtig, zu schauen, mit wem man diskutiert:
 - mit Pegida-Distanzierer/innen ja, mit Rassisten nein
 - auf Pegida-Demonstrationen: generell nein
- Pegida ist mit seiner Meinung generell in der Minderheit; unser Platz ist hier eindeutig auf der anderen Seite der Barrikade
- Was heißt ‚klare Kante‘?
- Unterschied zwischen Pegida in Dresden, Legida in Leipzig und den -gidas in anderen Städten (in Dresden viel stärker verankert; Pegida-Teilnehmer/innen argumentativ stärker gerüstet als Nicht-Pegida-Teilnehmer/innen)
- Pegida ein Symptom von Entfremdung von Politik
- Alltagsrassismus bis weit in die Gesellschaft vorhanden; ein Abbruch der Kommunikation muss daher hinterfragt werden
- Umgang der CDU mit Pegida und ausländerfeindlichen Positionen muss stark kritisiert werden
- gesellschaftspolitisch gibt es einen Ruck nach rechts; wir dürfen uns nicht zu den nützlichen Idioten dieser rechten Bewegung machen

- wir müssen mit den reden, die (in der Mehrheit) gegen Pegida auf die Straße gehen
- wir müssen damit umgehen, dass Medien unterschiedlich berichten; ‚Lügenpresse‘ ist der Versuch einer Gleichschaltung durch die rechte Bewegung
- bei ‚Wer spricht mit wem?‘ geht es nicht nur um Gespräche, sondern auch um die Botschaft nach außen
- der Aufwand mit z.B. NPD-Wähler/innen zu reden, ist ressourcentechnisch viel aufwändiger, als mit Nicht-NPD-Wähler/innen zu reden
- man kann Probleme auch großreden (siehe z.B. Hypes um Piraten, AfD und Pegida)
- man darf Rassisten keine Erfolgserlebnisse schaffen, in dem man mit ihnen offiziell redet, und dafür belohnen, wenn sie Brandsätze auf Flüchtlingsheime werfen
- dass Medien Fehler machen, ist klar; das Wort ‚Lüge‘ ist problematisch, da eine Lüge einen Vorsatz unterstellt; unterschiedliches (auch konservatives) Denken ist aber nicht pauschal eine Lüge
- Dialog mit diesen Menschen muss möglich sein, um auf deren Argumente eingehen zu können
- Pegida in Dresden so stark, da diese Bewegung hier ihren Anfang hatte
- wir müssen die Nazis aus den Köpfen kriegen
- Es geht nicht darum, ob wir fremdenfeindliche Position nicht behandeln / angreifen sollen, sondern wir sollten diese Positionen nicht hoffähig machen, indem wir mit den aktiven Vertreter/innen sprechen.
- um politisches Ohnmachtsgefühl zu vermeiden, Hinweis darauf, dass Veränderungen mit Beteiligung möglich sind

Griechenland / Europa:

- Euphorie sollte hinterfragt werden

Sonstiges:

- Dietmar Bartsch Einschätzung zur politischen Großwetterlage wird geteilt; Chancen auf Rot-Rot-Grün auf Bundes- oder Landesebene wird kritisch gesehen
- Arbeit mit den Gewerkschaften in Sachsen wird verstärkt
- der Trend in Ostdeutschland seit 2005 in Bezug auf zurückgehende absolute Wähler/innenstimmen setzte sich auch in Sachsen fort; von 20-25 % könnten es ggf. zukünftig 15-20 % werden (z.B. Änderung der Wähler/innenschichten, demographische Faktoren, ...)
- Ziel sollte es sein, neue Wählerschichten zu erschließen; dafür benötigt es die Analyse von Werten dieser Gruppen (bspw. schätzen viele Menschen ihre individuelle wirtschaftliche Lage anders als die Gesamtlage ein); auch 25 Jahre Neoliberalismus haben Spuren im Denken der Menschen Folgen
- absolut betrachtet erreichen wir eine sehr geringe Anzahl an Menschen; die Kampagne ist ein Ansatz dafür, das zu ändern
- in der Kommunikation mit der Bevölkerung brauchen wir keinen pseudowissenschaftlichen Dialog, sondern klare Wort und klare Botschaften, die die Menschen verstehen; sonst übernehmen das Rattenfänger, die falsche aber verständliche Botschaften verbreiten
- beim Thema ‚bedingungslose Grundsicherung‘ haben wir Vorlagen nicht richtig genutzt
- Dank an die Versammlung.

F.d.R.

Dresden, 04.02.2015



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin